



08.11.2024

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Ampel-Koalition ist Geschichte. Am Mittwoch hat Bundeskanzler Olaf Scholz den Bundesfinanzminister entlassen und angekündigt, die Vertrauensfrage am 15. Januar zu stellen, damit der Bundestag neu gewählt werden kann. [\(Hier geht es zu seiner Rede\)](#) Wir waren immer kompromissbereit und haben versucht gemeinsam Lösungen zu finden, die der aktuellen Lage gerecht werden. Investitionen in unser Land, die Arbeitsplätze gesichert, die Wirtschaft angekurbelt und die Rente zukunftsfest gemacht hätten. **Für uns war dabei immer wichtig, dass die innere, die äußere und die soziale Sicherheit nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen.** Dies war leider mit der FDP und insbesondere mit Christian Lindner nicht möglich. Christian Lindner hat seine ideologischen Kämpfe vor das Wohl des Landes gestellt. Dies hat nichts mit seriöser Regierungsverantwortung zu tun. Deshalb bin ich froh, dass Olaf Scholz die notwendigen Konsequenzen gezogen hat. Unser Fraktionsvorsitzender Dr. Rolf Mützenich hat im Podcast der Fraktion erklärt, wie es hierzu gekommen ist und welche Schritte jetzt noch folgen müssen. [Hier geht es zum Podcast.](#)



Wir werden jetzt alles daransetzen, gemeinsam mit den demokratischen Parteien die drängendsten Probleme zu lösen, die keinen Aufschub dulden. Dazu gehört neben weiteren Maßnahmen für die Sicherung des Wirtschaftsstandorts und der Arbeitsplätze, die Erhöhung des Kindergeldes- und Kinderzuschlags, die Anhebung des Steuerfreibetrags, der Ausgleich der kalten Progression, die finanzielle Absicherung des Deutschlandtickets, die weitere Unterstützung der Ukraine und der Schutz der Widerstandskraft der demokratischen Institutionen wie der die unseres Bundesverfassungsgerichts.

Hier ist insbesondere die Union gefragt, zu ihrer staatspolitischen Verantwortung zu stehen und gemeinsam mit uns Lösungen zu finden. Es ist jetzt nicht die Zeit für Taktiererei und Populismus. Wir müssen jetzt, gerade nach dem Wahlsieg von Donald Trump in den Vereinigten Staaten, das Wohl des Landes im Blick behalten und nach vorne stellen.

Aktuell ist vieles im Unklaren und ungewiss. Gerade zu dem Zeitpunkt von möglichen Neuwahlen sind viele Informationen im Umlauf. Ich möchte an dieser Stelle darlegen, warum ich es für richtig halte, dass die Vertrauensfrage am 15. Januar gestellt wird und nicht früher. Eine Bundestagswahl benötigt ausreichend Vorlauf. Etwaige Fristen müssen eingehalten werden, Parteien und vor allem kleine Wählergruppen müssen ausreichend Zeit haben Kandidatinnen und Kandidaten und Landeslisten aufzustellen. Zudem benötigen Kommunen Zeit, um die eingereichten Wahlvorschläge zu prüfen. Anschließend müssen die Stimmzettel entsprechend gedruckt werden, was wiederum ebenfalls entsprechende Zeit benötigt.

Angenommen Die Vertrauensfrage würde in der kommenden Woche gestellt und der Bundespräsident löst den Bundestag im November auf: Dann müssten, um einen Wahltermin Ende Januar/Anfang Februar erreichen zu können alle Kandidierenden- und Listenaufstellungen bis Ende November vollzogen sein. Die Stimmzettel müssten Anfang Dezember gedruckt werden und der Briefwahlbeginn und damit auch der Start in die heiße Wahlkampfphase wäre kurz vor Weihnachten. Dies wäre dann nicht nur bei dieser Wahl so, sondern der Zeitraum bliebe bei künftigen Bundestagswahlen gleich. Ein verantwortungsvoller Umgang sieht so nicht aus.

[\(Mein Kollege Dirk Wiese hat dies heute in seiner Rede deutlich gemacht.\)](#)

Stattdessen wollen wir zum einen Zeit dafür gewinnen, um die eben genannten drängendsten Problem zu lösen und dafür Sorge tragen, dass die Neuwahl rechtssicher im Sinne unserer Verfassung durchgeführt wird. Denn ein Wahltermin ist kein politischer Spielball, sondern muss objektiv und nach rechtlichen Kriterien betrachtet werden. Deshalb ist es richtig, dass wir Rechtssicherheit gewährleisten. Gerade in unklaren Zeiten möchte ich zu einer Versachlichung beitragen. Falls es Fragen zur aktuellen Situation gibt, stehe ich mit meinem Team gerne telefonisch (06441 2092525) oder per Mail zur Verfügung.



Mit politischem Blick auf die Neuwahl möchte ich klar sagen: Wir werden den Wählerinnen und Wählern ein Angebot machen und für eine starke SPD im Deutschen Bundestag kämpfen. Für gute und sichere Arbeitsplätze, für einen wirtschaftlichen Aufschwung und für sichere Renten. Wir sind sowohl im Bund als auch vor Ort bestens vorbereitet und können den Kampf aufnehmen. Ich freue mich sehr, dass die Delegierten der Wahlkreis-Konferenz am vergangenen Freitag erneut das Vertrauen

geschenkt haben und mich mit 95 Prozent zur Bundestagskandidatin für die nun früher stattfindende Wahl nominiert haben. Ich habe dort in meiner Rede deutlich gemacht, dass die Ampel besser ist als ihr Ruf und viel umgesetzt und den Reformstau der vergangenen Jahre aufgelöst hat. Wir sind die einzigen, die sich für materiellen Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einsetzen. Wir setzen auf die Leistungsträgerinnen und Leistungsträger unserer Gesellschaft.



Und genau darum wird es im Wahlkampf gehen. Ob wir für die Mehrheit der Gesellschaft in unser Land und seine Zukunft investieren und den sozialen Zusammenhalt stärken. Oder ob wir unser Land kaputtsparen. Auf Kosten der vielen und zum Nutzen einiger, die von Steuersenkungen für Reiche profitieren.

Ob unsere solidarischen Sozialversicherungen bezahlbar bleiben, gute Leistungen vorhalten und die Renten sich stabil mit den Löhnen entwickeln. Oder ob es für die Mehrheit heißt: länger arbeiten für weniger Geld. Und für gute Leistungen muss man dann eine private Zusatzversicherung allein aus eigener Tasche zahlen.

Ich lade alle herzlich ein mitzumachen. Das geht am besten in der SPD, aber auch ohne Parteimitgliedschaft.

[\(Hier gibt es alle Details\)](#)

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt